

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/3302/2010**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 14.09.2010

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon:  
 Verfasser/-in: Christopher Nübel, SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### Betreff:

**Dezentrale Energieversorgung - "Investitionen in die Zukunft sichern - Rückschritte verhindern"**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 -**

### Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen begrüßt ausdrücklich die Investitionen der Stadtwerke Gießen in neue hocheffiziente Technologien der Energiegewinnung und lehnt daher die von der Bundesregierung kürzlich beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland als investitionshemmende und zukunftsferne Entscheidung ab.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die regionalen und kommunalen Energieversorgungsunternehmen beim Ausbau umweltfreundlicher, effizienter und regenerativer Energieerzeugung. Sie fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf, die dezentrale Energieversorgung zu fördern und durch eine geeignete Neuregelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien tatsächlich durch- und umzusetzen.“

### Begründung:

Mit der Verlängerung/Betriebsgenehmigung für die Atomkraftwerke, auch der Altanlagen, wird sehr einseitig der Wettbewerb auf dem Energiemarkt erheblich beschädigt und die Monopolstellung der 4 Großkonzerne einseitig begünstigt. Eine deutlichere Wettbewerbsverzerrung ist kaum noch zu überbieten. Die Endlagerung des Atommülls ist nicht gesichert. Durch die negativen Wechselwirkungen zwischen

Atomenergie und Erneuerbare Energien wird der zum Klimaschutz erforderliche Ausbau der Erneuerbaren schon heute empfindlich verlangsamt. Im Falle der Laufzeitverlängerung nimmt diese Verzögerung in nicht verantwortbarem Maßstab zu. Der weiter steigende Energiebedarf und der dringend notwendige Klimaschutz erfordern jedoch eine erhöhte Investitionsbereitschaft in den Ausbau umweltfreundlicher, effizienter und regenerativer Energieerzeugung. Dabei spielt die dezentrale Energiegewinnung auf kommunaler Ebene eine bedeutende Rolle. Die kommunalen Energieversorger - wie die Stadtwerke Gießen - haben bereits hohe Investitionen in dezentrale Hocheffizienzkraftwerke getätigt und wollen weitere folgen lassen. Diese Investitionsvorhaben sind durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gefährdet. Der günstigere - weil staatlich subventionierte - Atomstrom macht es den kommunalen Anbietern erheblich schwieriger selbst produzierten Strom zu verkaufen. Der Einspeisevorrang erneuerbare Energien wird durch die Atomkraft faktisch unterbunden. Solange staatlich subventionierter und dadurch zu billiger Atomstrom in großer Menge in das Stromnetz eingespeist wird, werden sich Erneuerbare Energien nur unter den Förderbedingungen des EEG rechnen können. Dadurch wird den Stromkunden und Steuerzahlern eine doppelte Kostenlast aufgebürdet. Die schonende und bevorzugte Behandlung der Atomlobby durch die Bundesregierung und die sehr geringe Abschöpfung der durch die Laufzeitverlängerung zu erwartenden Zusatzgewinne der vier großen Stromkonzerne stellt damit eine mehrfache volkswirtschaftliche, energiewirtschaftliche und ökologische Hypothek dar.

Gez. Christopher Nübel